

Wie kommen wir aus der wehrpolitischen Sackgasse heraus?

Autor(en): **Bonny, Jean-Pierre**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **172 (2006)**

Heft 2

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-70349>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wie kommen wir aus der wehrpolitischen Sackgasse heraus?

An den Anfang dieses Artikels möchte ich ein Wort des Dankes stellen. Es verdient in der Tat hohe Anerkennung, dass die ASMZ der Pro Militia angeboten hat, einmal pro Quartal ihre Meinungen zu publizieren. Ich betrachte das als ein Zeichen für die in den letzten Monaten stark geförderte Zusammenarbeit zwischen den grösseren militärischen Organisationen und Vereinen.

Jean-Pierre Bonny*

«Pro Militia» ist die Vereinigung ehemaliger Angehöriger der Armee und weiterer Bürger und Bürgerinnen, die sich für eine glaubwürdige Armee einsetzen. Sie hat eine solide, treue, naturgemäss aber etwas überalterte Basis. In ihren Organen verfügt sie zudem unbestrittenermassen über viel militärischen Sachverstand und reiche Erfahrung. Pro Militia lässt den klassischen Organisationen wie SOG und SUOV bewusst den Vortritt und will sie nach Kräften unterstützen. **Sie ist in der derzeitigen kritischen Phase unserer Wehrpolitik der entschiedenen Auffassung, dass alle konstruktiv-kritischen Kräfte zu bündeln sind.** Diese Bemühungen zur Konzentration der Kräfte haben ein positives Echo gefunden.

Ich habe von der derzeit «kritischen Phase unserer Wehrpolitik» gesprochen. Diese ist in der Tat seit einiger Zeit durch eine progressiv **wachsende Verunsicherung** gekennzeichnet. Volk und weite Teile der Behörden sind irritiert und unsicher, wohin die Fahrt geht und vor allem, wo sie enden wird. Damit ist ein beträchtlicher **Vertrauensverlust** verbunden. Viele Bürger fragen sich, ob die Armee überhaupt noch in der Lage ist, den Auftrag gemäss Art. 58 der Bundesverfassung zu erfüllen, insbesondere die Verpflichtung, das Land und seine Bevölkerung zu verteidigen. Eine weitere negative Folgeerscheinung ist, dass der Politik angesichts des maroden Zustandes unserer Bundesfinanzen der Zugriff auf die Armeefinanzen immer leichter fällt. Nicht zu unterschätzen ist schliesslich die schleichende **Entfremdung zwischen Volk und Armee** als Folge der Preisgabe von Waffenplätzen und militärischen Betriebsstätten mit den damit verbundenen wirtschaftlichen Konsequenzen in den Regionen.

Unter diesen Vorzeichen eine zukunftsorientierte und die Unabhängigkeit des Landes und den Schutz des Volkes garantierende Sicherheitspolitik zu gestalten, kommt einer Gratwanderung gleich. Auf der einen Seite bringt ein Rückfall in die Nostalgie nichts. Die Zeiten eines Heeres à la TO 61 sind schon aus demografischen Gründen vorbei. Die Armeereform XXI –

*Jean-Pierre Bonny, Zentralpräsident «PRO MILITIA», Bern, alt Nationalrat und ehemaliger Präsident der SiK NR.

so schmerzhaft die Eingriffe auch gewesen sein mögen – ist vom Volk beschlossene Realität und in ihrer Grundausrichtung auch richtig. Auch in der Sicherheitspolitik gilt: Man kann nicht rückwärts gerichtet vorwärts marschieren. Auf der anderen Seite gilt es, bei der Neuordnung den **Boden der Realität nicht zu verlassen** und sich Illusionen hinzugeben. Ich weise dabei vor allem auf zwei problematische Punkte hin.

Der Entwicklungsschritt 08/11 im Sinne des BRB vom 11. Mai 2005 steht und fällt damit, ob es möglich ist, die Idee des **«Aufwuchskerns»** zu gegebener Zeit effektiv **umzusetzen und zu entwickeln**. Man will also die Verteidigungskapazität auf ein absolutes Minimum mit dem nötigen Know-how reduzieren, behält sich aber vor, im Notfall aus diesem «Kern» wieder eine Armee aufzubauen. Die Aufbauzeit würde sich in der Grössenordnung von zehn Jahren bewegen. Ich habe diese Idee kürzlich als **«potemkinsches Dorf»** qualifiziert. Glaubt jemand im Ernst, dass unser Parlament jemals die dafür erforderlichen Kredite – eine Schätzung aus dem VBS lautet auf 43 Milliarden Franken! – im Voraus und rechtzeitig sprechen wird? Kann man garantieren, dass ausländische Staaten (wegen des Fehlens einer schweizerischen Rüstungsindustrie) bei einer sich zuspitzenden internationalen Lage mit der Lieferung von Rüstungsgütern in die Lücke springen werden? Werden wir sicherheitsmässig rechtzeitig bereit sein oder wird sich nicht eher das Vakuum wiederholen, das Henri Guisan in seinem «Generalsbericht» bezüglich des Zustandes unserer Armee zu Beginn des Zweite Weltkrieges scharf kritisiert hat?

Eine zweite Illusion sehe ich in der Überinterpretation des Mottos **«Sicherheit durch Kooperation»** (Sicherheitspolitischer Bericht 2000). Es gibt Kreise, die im Ernst glauben, dass wir uns z. B. auf eine EU-Armee abstützen können. Über die «Gemeinsame europäische Armee- und Sicherheitspolitik» (GASP) ist seit bald zehn Jahren unter Leitung des omnipräsenten Spaniers Solana zwar enorm viel geschrieben und noch mehr versprochen worden. Geschehen und real in die Tat umgesetzt ist bis heute – bis auf papierene Zusicherungen der Mitgliedstaaten – praktisch nichts.

Die These «Sicherheit durch Kooperation» ist an sich nicht falsch. Gegen konkrete zeitlich, örtlich und personell begrenzte Auslandseinsätze – soweit sie sich mit unse-

rer Neutralitätspolitik vereinbaren lassen – ist nichts einzuwenden. Im Sinne des Verfassungsauftrages tragen sie zur «Erhaltung des Friedens» bei. Die Armee soll sich nicht gegen aussen abschotten. Das setzt voraus, dass sie aber vorab die **sicherheitspolitischen Aufträge im Landesinnern** erfüllt, dass sie gemäss Verfassungstext «das Land und seine Bevölkerung verteidigt» und «die zivilen Behörden bei der Abwehr schwer wiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlichen Lagen unterstützt». Das erfordert aber zwingend eine zweite, weit wichtigere Kooperation: die **Zusammenarbeit von Bundesrat, VBS und Armee mit den Kantonen und Gemeinden**. Diese wurde in den letzten Jahren vernachlässigt. Seit bald zehn Jahren finden z. B. keine landesweit angelegten Gesamtverteidigungsübungen mehr statt. Es gilt auch hier der Grundsatz: Wer gegen aussen glaubwürdig auftreten will, muss zuerst einmal für Ordnung im eigenen Haus sorgen.

Handlungsbedarf im eigenen Haus ist in hohem Masse gegeben – und zwar subito! Die mächtige Planungsmaaschinerie der VBS-Technokraten dreht munter weiter und setzt ihre modularen Sandkastenspiele unbekümmert um alle Widerstände fort. Dadurch besteht die **akute Gefahr, dass «faits accomplis» geschaffen werden. Diese Gefahr ist umso akuter, weil die rechtlichen Kompetenzausscheidungen zwischen Bundesrat und Parlament breiten Interpretationsspielraum enthalten.** Im Militärgesetz steht in Art. 93 «Die Bundesversammlung erlässt die Grundsätze über die Organisation der Armee, legt die Gliederung der Armee fest und bestimmt die Truppengattungen, Berufsformationen und Dienstzweige». Gestützt auf die Delegationsbefugnis heisst es dann aber in der Verordnung der Bundesversammlung über die Organisation der Armee (AO) in Art. 9: «Der Bundesrat legt die Strukturen der Armee fest (Abs. 1). Das VBS regelt die Gliederung der Truppenkörper und Formationen im Einzelnen (Abs. 2).» Im Klartext bedeutet das, dass das VBS bis auf Stufe Bataillone, Abteilungen und Flugplatzkommandos freie Hand hat. Auf dieser Stufe hat das VBS alles, das Parlament aber nichts zu sagen. Es ist eine **grosse Illusion zu glauben, bei einer solchen Regelung könne das Parlament dann 2007 die nötigen Korrekturen anbringen.** Eine Korrektur der Kompetenzen zu Gunsten des Parlaments ist demzufolge die erste Massnahme, die eingeleitet werden muss, damit der Allmacht der Militärbürokratie Einhalt geboten werden kann.

Auf dieser neuen Grundlage ist dann die illusionäre Philosophie des Aufwuchskernes von Grund auf zu korrigieren. An ihre

House of Science der ETHZ in Bamjyan

Wiederaufbau in Afghanistan

2005 feierte die ETHZ ihr 150-jähriges Bestehen. Jedes Departement hatte dazu einen Beitrag zu leisten. Die beiden Baudepartemente Architektur (D-ARCH) und Bau, Umwelt und Geomatik (D-BAUG) entschieden 2003, einen Wettbewerb unter dem Motto «Luftschloss» auszuschreiben, mit dem sie die Leistung der modernen Architektur auf der Polyterrasse demonstrieren wollten. Den Wettbewerb gewannen die drei Architekturstudenten Wolfgang Rossbauer, Ivica Brnic und Florian Rossbauer. Gemäss der ursprünglichen Absicht sollte das «Luftschloss» als eine Art architektonisches Theater auf der Polyterrasse für einen begrenzten Zeitraum aufgestellt werden. Die drei Studenten entschieden anders. Sie wollten ihr Projekt in Afghanistan realisieren. Damit wollten sie einen Beitrag zum Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes leisten. Das Projekt «Luftschloss» wurde zum «House of Science» der ETHZ und zu einem Begegnungszentrum zwischen jungen AfghanInnen und SchweizerInnen in Bamjyan.

Bamjyan, Hauptort der gleichnamigen Provinz in Zentralafghanistan, liegt auf 2500 Meter. Die Stadt kann von Kabul aus auf einer 250 km langen Piste erreicht werden, die über Steinwüsten und Pässe von über 3000 Metern verläuft. Die Provinz liegt im Zentrum des Hazarajat, dem Siedlungsgebiet der Hazara. Die Hazara machen zirka 15 Prozent der Bevölkerung Afghanistans aus. Im Gegensatz zur sunnitischen Mehrheit in Afghanistan gehören sie der Sekte der Zwölfer-schüthen an.

Seit dem Spatenstich vom 26. April 2005 wird gebaut. Mit dem Bau des Begegnungszentrums ist der Schweizer-afghanische

Baustelle des «ETH House of Science» in Bamjyan im Oktober 2005.

Foto: Albert A. Stahel



Doppelbürger und Architekt Asef Alemyar durch die ETHZ beauftragt worden. Wir haben es mit einem kleinen Gebäudekomplex auf einem Grundstück neben der Universität Bamjyan zu tun, der sich architektonisch an die Umgebung anlehnen wird. Dieser besteht aus sechs Elementen: einem Auditorium mit 130 m², einem Foyer mit 100 m², einer Bibliothek und IT-Raum mit 100 m², einem Labor mit 100 m², Diensträumen, Toiletten und Wohneinheiten für akademische Gäste. Foyer, Bibliothek und Labor befinden sich im Erdgeschoss. Im ersten Stock wird das Auditorium für grössere Veranstaltungen sein.

Leider hat der Regen im Juni 2005 den Bau verzögert. Es gab aber noch andere Überraschungen. So entdeckte Alemyar 2,8 Meter unter dem Boden unterirdische Vorratslager der Einheimischen. Er musste diese zuerst mit Beton füllen. Weitere Entdeckungen waren die riesigen Gänge der Mäuse von Bamjyan.

Im August wurde das Fundament gelegt. Der Bau muss erdbebensicher sein und weist deshalb viel Armierungseisen auf. Da in Bamjyan keine Maschinen verfügbar sind, wird die gesamte Arbeit von Hand geleistet. Dazu gehö-

ren das Betonmischen und der Transport von schweren Lasten. Im Mai 2006 sollte der Bau beendet sein. Die Übergabe an das Ministerium für höhere Bildung in Afghanistan und die Aufsicht über die Nutzung wird während der nächsten fünf Jahre einem Begleitkomitee obliegen, in dem Afghanistan durch Vizepräsident Khalili und die Schweiz durch ein Mitglied unserer Behörden vertreten sein werden. Damit das Zentrum zum Leben erweckt wird, muss in diesen Räumen auch ein Austausch zwischen jungen AfghanInnen und SchweizerInnen stattfinden. Dazu gehört neben Fachbereichen wie Bau, Geomatik, Wasser, Agronomie, Ökonomie, Pädagogik und Politikwissenschaft vor allem ein Medienzentrum. Die Betreuung der jungen Menschen könnte u.a. durch emeritierte ProfessorInnen aus der Schweiz erfolgen. Mit der Fertigstellung und der Übergabe des Begegnungszentrums an Afghanistan wird die ETHZ und damit die Schweiz einen wichtigen Beitrag zum Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes geleistet haben. A. St.

Stelle hat eine **Modernisierung der bestehenden Armee (gemäss Armee XXI) und deren konsequente Ausrichtung auf die Hauptbedrohungen von heute und morgen** zu treten. Man kann dies als **«qualitativen Aufwuchs»** bezeichnen. Es macht doch keinen Sinn, runterzufahren, wenn die Wahrscheinlichkeit sehr gross ist, dass man nie wieder rauffahren kann! Realistischer ist, das heutige (stark reduzierte) quantitative Niveau zu halten und den nächsten Entwicklungsschritt in erster Linie qualitativ auszugestalten.

Welches sind nun die erwähnten **Hauptbedrohungen**? Ich meine, es gibt deren **zwei**.

1. Die potenzielle Hauptbedrohung für unser Land liegt heute und morgen in **Anschlägen des internationalen Terrorismus**. Neben Flughäfen und Wirtschaftszentralen kann die Schweiz als Transit-Drehscheibe zwischen Nord- und Südeuropa mit einer komplizierten Infrastruktur ein sehr attraktives Ziel sein. Heute fehlt ein

landesweit in Absprache mit den Kantonen erstelltes Konzept für den Schutz der überlebenswichtigen Objekte. Das ist eine bedenkliche Lücke, die in allererster Priorität zu schliessen ist. Es braucht dazu nicht nur adäquate personelle und materielle Mittel, sondern auch konkrete Absprachen mit den betroffenen Kantonen und Gemeinden. Entsprechende Übungen sind unabdingbar. Gesamtverteidigungsübungen wären heute eigentlich aktueller denn je. Dabei wird man feststellen, dass es für den Schutz dieser Objekte auch schwerer Waffen (z.B. schwere Minenwerfer) bedarf. In diesem Zusammenhang ist die voreilige Abschaffung der Flughafenschutztruppen rückgängig zu machen.

2. **Naturkatastrophen**. Diese Ereignisse haben sich in den letzten Jahren gehäuft und können von den Ortsansässigen nicht allein bewältigt werden. **Der Bevölkerungsschutz** hat an Bedeutung gewonnen und ist weiter auszubauen. Dabei kommt der Armee eine sehr wichtige Aufgabe zu. Es verdient Anerkennung, dass die

Armee bei verschiedenen Einsätzen gute Arbeit geleistet hat. Der Wille und die Motivation zu helfen, waren hervorragend. Dabei traten aber bei Organisation und Material einzelne Schwächen zutage. Es fehlte z. B. an schwerem Material. Die Zahl der «Rettungsverbände» ist wieder zu erhöhen. (Die vor kurzem vorgenommene Reduktion war ein unbedachter Blödsinn!) Durch eine Aufwertung des Bevölkerungsschutzes könnten zudem zwei Fliegen auf einen Schlag getroffen werden: Einerseits die Verbesserung des Bevölkerungsschutzes und andererseits eine stärkere Anerkennung der Armee in der Bevölkerung.

Im Jahr 2006 sollte – bevor weiteres Geschirr zerschlagen wird – auf dieser Grundlage eine **breite öffentliche Diskussion** geführt werden. In einer direkten Demokratie wie der Schweiz können fundamentale Veränderungen unserer Milizarmee nicht am Volk vorbei getroffen werden. **2006 sollte zum Jahr der sicherheitspolitischen Auseinandersetzung und Reflexion werden.** ■